

## „Bewusstsein für Diktaturfolgen schärfen“

FDP-Politikerin Linda Teuteberg über die erste Studie zu Lebenslagen der Opfer der SED-Diktatur

Frau Teuteberg, am heutigen Dienstag wird eine Studie vorgestellt, die erstmals die Lebenslagen der Opfer der SED-Diktatur in Brandenburg untersucht hat. Warum erst 30 Jahre nach der Wiedervereinigung? Ist das eine Folge der späten Aufarbeitung, insbesondere im Land Brandenburg?

Besser spät als nie. Die Studie ist Folge der Arbeit der Enquete-Kommission des Landtages, die wir als Freie Demokraten gemeinsam mit CDU und Grünen beantragt hatten, die 2010 eingesetzt wurde und 2014 Handlungsempfehlungen gab. Brandenburg hatte hier Nachholbedarf und das Engagement für gesellschaftliche und wissenschaftliche Aufarbeitung der SED-Diktatur und ihrer Folgen wurde immer wieder diffamiert.

**„Erinnerung an die Menschen, die sich für Freiheit einsetzen, ist wichtig“**

Welche Folgen haben die Erfahrungen der Opfer und der Umgang mit den Opfern nach 1989 für die Menschen und ihre Familien?

Aus vielen Gesprächen mit Bürgerinnen und Bürgern sowie aus Anhörungen

weiß ich, dass die Erfahrung einer politischen Haft oder anderer Verfolgungsmaßnahmen meist traumatisch war. Wer im Gefängnis war, wer im Jugendwerkhof



### ZUR PERSON

Linda Teuteberg, 39, gehört seit 2017 für die FDP dem Bundestag an. Zuvor war die Rechtsanwältin von 2009 bis 2017 FDP-Abgeordnete im Brandenburgischen Landtag. Dort arbeitete sie auch in der Enquete-Kommission „Aufarbeitung der Geschichte und Bewältigung von Folgen der SED-Diktatur und des Übergangs in einen demokratischen Rechtsstaat im Land Brandenburg“ mit. Seit 2019 ist Teuteberg FDP-Landeschefin in Brandenburg. Die gebürtige Königs Wusterhäuserin ist seit dem Jahr 2011 zudem gewähltes Mitglied im Bundesvorstand der Liberalen und war zwischen April 2019 und September 2020 Generalsekretärin der Bundes-FDP. Teuteberg ist verheiratet und lebt in Potsdam. KG

## Woidke will keine Lockerungen bei Corona-Maßnahmen

Schulen und Kitas sollen möglichst offen bleiben  
Wirtschaft fordert weitere Hilfen für Dezember

VON S. NAUSCHÜTZ UND G. JANICKE

POTSDDAM - Brandenburgs Ministerpräsidenten Dietmar Woidke (SPD) sieht vor den Beratungen der Länderchefs mit Kanzlerin Merkel über weitere Corona-Maßnahmen keinen Anlass für weniger Beschränkungen des öffentlichen Lebens. „Klar ist (...), dass nicht die Zeit für Lockerungen ist“, sagte der Regierungschef. Entscheidend sei, dass Kitas und Schulen offen blieben.

Vor den Beratungen am Mittwoch zwischen den Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und den Ministerpräsidenten der Länder über das weitere Vorgehen in der Corona-Pandemie zeichnet sich eine Verlängerung des Teil-Lockdowns ab, der seit Anfang November gilt und zunächst bis Monatsende befristet war. In einem Beschlussentwurf des Vorsitzes der Ministerpräsidentenkonferenz wird eine

ben-Tage-Inzidenzwertes als alleiniges Kriterium für das Auslösen von Maßnahmen. Auch die Auslastung der Intensivbetten sollte einbezogen werden.

Unterdessen fordern die Vereinigung der Unternehmensverbände (UVB) und die Gastrobranche Hilfen über den November hinaus, sollten die strengen Corona-Beschränkungen verlängert werden. Gastronomische Betriebe von Bars bis Restaurants dürfen seit dem 2. November nicht mehr vor Ort bewirteten. Erlaubt sind gastronomische Leistungen nur im Rahmen des Außenverkaufs. Die Firmen feiern von Mitte November bis Weihnachten seien die vier umsatzstärksten

Wochen des Jahres, die nun wegfielen, sagte der Präsident des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbands (Dehoga) Brandenburg, Olaf Schöpe am Montag. „Für den Dezember muss es Entschädigung geben.“ Ein eventuelles Zeitfenster für Öffnungen an den Weihn-



## „Bewusstsein für Diktaturfolgen schärfen“

Tagesspiegel/PNN (Potsdamer Neueste Nachrichten)

24.11.2020

**Frau Teuteberg, am Dienstag wird eine Studie vorgestellt, die erstmals die Lebenslagen der Opfer der SED-Diktatur in Brandenburg untersucht hat. Warum erst 30 Jahre nach der Wiedervereinigung - eine Folge der späten Aufarbeitung?**

Besser spät als nie. Die Studie ist Folge der Arbeit der Enquete-Kommission des Landtages, die wir als Freie Demokraten gemeinsam mit CDU und Grünen beantragt hatten, die 2010 eingesetzt wurde und 2014 Handlungsempfehlungen gab. Brandenburg hatte hier Nachholbedarf und das Engagement für gesellschaftliche und wissenschaftliche Aufarbeitung der SED-Diktatur und ihrer Folgen wurde immer wieder diffamiert.

**Welche Folgen haben die Erfahrungen als Opfer und der Umgang mit den Opfern nach 1989 für die Menschen und ihre Familien?**

Aus vielen Gesprächen mit Bürgerinnen und Bürgern sowie aus Anhörungen weiß ich, dass die Erfahrung einer politischen Haft oder anderer Verfolgungsmaßnahmen meist traumatisch war. Wer im Gefängnis war, wer im Jugendwerkhof misshandelt wurde, wer an seinem Arbeitsplatz systematisch gedemütigt wurde, wem die Kinder weggenommen wurden, der trägt Wunden davon und ist das ganze Leben gezeichnet. Da geht es z.B. um gesundheitliche Schädigungen, die bis in das soziale Leben hineinwirken oder um verhinderte Berufswege, weil bestimmte Abschlüsse und Ausbildungen versagt wurden. Zudem wissen wir aus den gesamtdeutschen Erfahrungen der Kriegskinder und -enkel nach 1945, dass sich Traumata über Generationen hinweg vererben können. Davon ist auch bei Diktaturerfahrungen auszugehen.

### **Was kann eine solche Studie bewirken?**

Eine wissenschaftliche Studie kann die Erkenntnisse, die es hier und dort aus einzelnen Beobachtungen heraus gibt, auf eine breitere empirische Grundlage stellen, Expertenwissen und Umfragedaten aktuell zusammenführen. Insbesondere auch bei der wichtigen Frage, wo weiterer Handlungsbedarf besteht, z. B. wenn es um Rehabilitierungen geht. Sie kann Debatten anregen und das Bewusstsein für die Folgen der Diktatur schärfen.

### **Wäre ein Denkmal eine geeignete symbolische Würdigung – und muss das in Berlin sein?**

Die Erinnerung an Menschen, die sich in Zeiten der Diktatur für Freiheit und gegen Unterdrückung einsetzten und dafür viel riskierten und an Menschen, die Unrecht erlitten haben, ist wichtig. Als Würdigung der Betroffenen und um unseres gemeinsamen Gedächtnisses willen – für einen gesamtdeutschen antitotalitären Konsens. Besonders wichtig sind dafür allerdings Gedenkstätten als authentische Orte des Erinnerns im ganzen Land. Sie verdienen Unterstützung und Besucher.

### **Sie selbst gehören zur sogenannten Dritten Generation Ostdeutschland. Vielerlei, teils jüngere Autoren beschwören eine besondere ostdeutsche Identität. Wie sehen Sie diese neue DDR- und Ost-Gefühligkeit?**

Sich mit seiner Identität auseinanderzusetzen, auch emotional, ist sinnvoll. Nostalgischen Gefühlen für eine Diktatur hingegen kann ich nichts abgewinnen. Viele Menschen haben Erinnerungen an persönlichen Anstand und Leistungen in Privatleben und Beruf – trotz und nicht wegen der SED-Diktatur. Versuchen, die Menschen im Osten unseres Landes für den Staat DDR zu vereinnahmen, müssen wir entgegentreten. Auch dann, wenn das nachträglich geschieht. Normalität im besten Sinne haben wir erreicht, wenn es weder Makel noch Verdienst ist, wo man herkommt. Meine Generation hatte das Glück, in die Freiheit der Bundesrepublik hineinzuwachsen und ihre Chancen zu nutzen. Zugleich wissen wir um die Prägungen und Herausforderungen unserer Eltern- und Großelterngeneration. Statt alte Ressentiments zu bedienen und zu reproduzieren, sollten wir das ausstrahlen. Mit Neugier, Offenheit und Sensibilität können wir viel zur inneren Einheit unseres Landes beitragen.